



Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken
Band 50 (1971)

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Rom

Copyright



Das Digitalisat wird Ihnen von perspectivia.net, der Online-Publikationsplattform der Max Weber Stiftung – Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland, zur Verfügung gestellt. Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

von Drohung und Werbung, von Usurpationen und Zugeständnissen. Die den offenen Kampf scheuenden Kirchen paßten sich dieser Taktik an, die evangelische Kirche wurde zudem innerlich erschüttert durch den Einbruch der Deutschen Christen. Letztere ließ Hitler fallen, als feststand, daß trotz ihrer Hilfe nicht die ganze evangelische Kirche gleichzuschalten war. Seit 1936/37 erhielten die Radikalen (Bormann, Himmler, Rosenberg, Schirach) stets größeres Gewicht. Der von Rosenberg vorbereitete ideologische Kampf wurde systematisch verschärft, ein engmaschiges Netz staatspolizeilicher Kontrolle über die Kirchen gezogen. Der Reichskirchenminister Kerrl, der für milderes Vorgehen plädierte, verlor mehr und mehr an Einfluß. Der durch den Krieg herbeigeführte Burgfriede veranlaßte die Kirchen zu weiteren Anpassungen. Als späte Proteste gegen Gewalttaten 1941 zu einer neuen Verschärfung führten, verschob die Partei die „Endabrechnung“ auf das Kriegsende. Hier wäre zu beachten gewesen, daß viele Kirchenführer gerade in Hinblick auf eine solche Abrechnung Zeit gewinnen und die gelichteten eigenen Reihen zu stärken suchten. Auch die Behandlung der Kirchen in den besetzten Gebieten unterlag taktischen Erwägungen. Nur im Warthegau kam es zur völligen Unterdrückung, die wohl das Modell für die gesamte Kirchenpolitik nach einem Siege darstellte. – C. ist stets um abgewogenes Urteil bemüht, der aus den Kirchen erwachsene Widerstand wird voll gewürdigt. Um so schwerer wiegt seine Feststellung, daß beide Kirchen sich zu lange und weitgehend auf Kompromisse eingelassen haben. – Kleinere Fehler und Auslassungen mindern den Wert des Ganzen nicht: Unter Brüning bestand keine Koalition zwischen Zentrum und SPD, die Bischöfe haben das Zentrum bis zu den letzten Reichstagswahlen im März 1933 nachdrücklich unterstützt. Von den Beamten des Kirchenministeriums hätte der für die katholische Kirche zuständige Min.-Rat Roth, ein früherer Geistlicher, gründlichere Behandlung verdient.

R. L.

Bernhard Stasiewski, Akten deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche 1933–1945, I 1933–1934, Veröff. d. Komm. f. Zeitgesch. bei der kath. Akad. in Bayern, hrsg. v. Konrad Repgen, Reihe A: Quellen, Band 5, Mainz (Grünwald) 1968. LII u. 969 S. – Der Hauptteil des mit größter Akribie gearbeiteten Bandes enthält 328 Dokumente aus dem Jahre 1933 und den ersten acht Monaten des Jahres 1934; im Anhang werden 19 Aktenstücke aus den Jahren 1930–1932 mitgeteilt, zudem 21 weitere, erst während der Drucklegung gefundene Stücke aus den Jahren 1933–1934. Die konzis geschriebene Einleitung, das sorgfältige Register sowie Verzeichnisse der damaligen deutschen Bischöfe, der Dokumente und der Literatur erleichtern die Benutzung des umfangreichen Bandes. Auch das scharf akzentuierte Vor-

wort von K. Repgen trägt zur Erhellung der von St. dokumentierten Ereignisse und Probleme bei. – Den Kern der Edition bilden die erstmals vollständig und mit sämtlichen Anlagen mitgeteilten Protokolle der Bischofskonferenzen. Außerdem werden abgedruckt Korrespondenzen der Bischöfe, Kundgebungen und Hirtenbriefe des Gesamtepiskopates und der Erzbischöfe, gelegentlich auch anderer Bischöfe, Eingaben und Proteste an Regierungsstellen, Denkschriften und Lageberichte katholischer Organisationen. – Die Edition vermittelt erstmals ein detailliertes und differenziertes Bild vom Verhalten des deutschen Episkopates in der ersten Periode der NS-Herrschaft. Von spontaner Kollaborationsbereitschaft kann nach Ausweis der Akten nur selten, von geistiger Affinität zum Faschismus eigentlich nie die Rede sein. Wohl gab es Gemeinsamkeiten – die Gegnerschaft gegen Kommunismus, Liberalismus und „Unsittlichkeit“ –, die sich ebenso als Brückenpfeiler zu einem *modus vivendi* benutzen ließen wie die oft herausgestellte Loyalität der Katholiken zu Staat und Nation. – Seit Hitlers kirchenfreundlichen Zusicherungen im Frühjahr 1933 erstrebten die Bischöfe einen solchen *modus vivendi*. Sie zogen sich weithin auf die Wahrung kirchlicher Interessen zurück und bemühten sich konsequent, den für die kirchliche Verkündigung notwendigen Freiheitsraum zu erhalten und gegen Einbruchversuche des totalitär werdenden Staates zu verteidigen. Das Reichskonkordat schien diesen Freiheitsraum zu garantieren, gegen seine bald einsetzenden Verletzungen, besonders die Maßnahmen gegen katholische Organisationen, wehrte sich der Episkopat nach Kräften. Oft intervenierten die Bischöfe für die entlassenen katholischen Beamten und die Judenchristen, für Personenkreise also, zugunsten derer sie eine Aktivlegitimation besaßen; darüber hinaus erinnerten nicht wenige Kundgebungen an Meinungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit. Das Mißtrauen gegen den Nationalsozialismus und die in seinem Gefolge wieder hochgeschwemmten antikatholischen Strömungen anderer Provenienz bestand fort, gerade die zunehmende Furcht vor einem neuen Kulturkampf bewog die Bischöfe zu Kompromissen. Seit dem Herbst 1933 nahmen die Spannungen wieder zu. Die Bischöfe wehrten sich sowohl gegen die systematisch betriebene „Entkonfessionalisierung des öffentlichen Lebens“ wie gegen die von der Partei propagierte völkische Weltanschauung; den offenen Konflikt suchten sie weiterhin (wie auch später) zu vermeiden. – Oft war das Vorgehen der Bischöfe nicht einheitlich. Das Wesen des NS-Regimes haben die meisten von ihnen lange nicht durchschaut; die nicht selten zu beobachtende Ratlosigkeit wurde durch das oft widersprüchliche Verhalten von Staats- und Parteistellen noch vergrößert.

R. L.